

10.07.2019

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der Fraktion der AfD „75 Jahre Hitler-Attentat – Der mutigen Widerstandskämpfer gedenken und ihr Erbe bewahren.“ (Drs. 17/6754).

Widerstand gegen Totalitarismus, Diktatur und Unrecht – Mahnung an uns alle

I. Ausgangslage

In diesem Jahr jährt sich der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 zum 75. Mal. Das Attentat auf Adolf Hitler durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg und weitere Widerstandskämpfer ist zu einem Symbol für den militärischen Widerstand gegen das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus geworden.

Darüber hinaus leisteten unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, darunter unter anderem die studentische Gruppe „Die Weiße Rose“ oder der Theologe Dietrich Bonhoeffer und die Vertreter der bekennenden Kirche. Im Rheinland bildeten sich Jugendgruppen der „Edelweißpiraten“, die sich insbesondere den Freiraum für eine eigene Jugendkultur fernab der Hitler-Jugend erkämpfen wollten.

In der Zeit unmittelbar nach 1945 ist der Widerstand der unterschiedlichen Gruppen und Personen gesellschaftlich und politisch nicht gleichermaßen als wichtiger Beitrag gegen die Diktatur des Nationalsozialismus anerkannt worden. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Es ist wichtig, dass alle Formen des Widerstands sowohl in der Erinnerungskultur, als auch in der historischen und politischen Bildung gewürdigt werden.

Im gesamten Widerstand gegen Hitler und das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus dokumentiert sich vorbildhaftes und wertegebundenes Verhalten. Die im Widerstand aktiven Frauen und Männer nahmen Repressalien bis hin zum Tod gegen sich und ihre Familien wissentlich in Kauf. Aus dem Handeln der Personen des 20. Juli 1944 lassen sich an dem eigenen Gewissen orientiertes Handeln, Opferbereitschaft und die Grenzen der

Datum des Originals: 09.07.2019/Ausgegeben: 10.07.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Gehorsamspflicht ableiten. Denn viele der militärischen Widerstandskämpfer hatten zwar einen persönlichen Eid auf den „Führer“ abgelegt, doch konnten und wollten sie die Augen vor den Verbrechen nicht länger verschließen.

Deutsche Bundespräsidenten und Bundeskanzler haben in vielen Reden und Ansprachen zum Gedenken an den 20. Juli 1944 daran erinnert, dass es auch unter den Bedingungen der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus möglich war, sich eben nicht widerspruchslos anzupassen, sondern seine Handlungsspielräume zu nutzen und sich konsequent dem verbrecherischen Regime entgegenzustellen:

Bundespräsident Gustav Heinemann am 19. Juli 1969

„Wie war es möglich – so müssen wir uns auch heute wiederum fragen – dass Menschen unseres Volkes sich im sogenannten Dritten Reich in Selbstüberhebung, in Rassenwahn und Eroberungssucht verloren? Wie war es möglich, dass bürgerliche Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung so barbarisch missachtet werden konnten? Aus dieser Frage dürfen wir uns nicht davonestehlen, wenn wir mit uns selber zurechtkommen wollen.“

Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Erklärung am 20. Juli 1974:

„Diese Menschen hat damals nicht die gleiche politische Zielvorstellung geeint. Monarchisten, Konservative, Sozialisten, Demokraten, Christen und Freidenker standen nebeneinander und arbeiteten zusammen. Was sie einte, das war der Kampf gegen die totalitäre Herrschaft, gegen die fortgesetzte Verletzung der Grundrechte, gegen die Vernichtung menschlichen Lebens. Was sie einte, das war die Zielvorstellung der Menschlichkeit, der Demokratie und des Friedens. Und diese Menschen wurden unterstützt von vielen, vielen namenlosen anderen, die keine sensationellen Dinge vollbringen konnten, die aber doch mit Tapferkeit den Verfolgten geholfen haben.“

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede am 20. Juli 1994

„Dieses Datum wird – so hoffe ich – für immer daran erinnern, dass die Würde jedes einzelnen Menschen aller staatlichen Gewalt vorausgeht und ihr übergeordnet ist. Sie ist ein absoluter Wert, der keiner Begründung bedarf. Die Politik kann und darf über diesen Wert nicht verfügen, sondern hat ihn bedingungslos zu achten. Nur unter der Herrschaft des Rechts ist die Würde des Menschen wirksam geschützt. Diese Überzeugung ist das wichtigste Vermächtnis des 20. Juli 1944.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Feierstunde am 20. Juli 2004

„Am 20. Juli 1944 legte ein anderes Deutschland Zeugnis ab. Seine besten Vertreter handelten aus einer Tradition heraus, die christlich oder humanistisch, vom Geist der Aufklärung oder auch preußisch geprägt war. Diese Tradition kannte einen Befehlshaber oberhalb des Staates und des Mannes an der Spitze, nämlich das eigene Gewissen. Deshalb wurde der 20. Juli 1944 zu einem der wichtigsten Tage in der deutschen Geschichte.“

Bundespräsident Joachim Gauck am 20. Juli 2014

„Die Männer und Frauen des 20. Juli fanden einen Ausweg aus ihrer eigenen Verstrickung, indem sie sich entschlossen, ihrem Gewissen zu folgen. Eine Gewissensentscheidung mit einer ausgeprägt politischen Dimension. Gleich der erste Satz der im Umfeld Stauffenbergs entworfenen Regierungserklärung bekannte sich zum Rechtsstaat: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts.“ Der wohl leuchtendste Ausdruck der Überzeugungen aber findet sich weiter hinten in jenem Dokument. Dort heißt es: ‚Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wiederhergestellt.‘

Widerstand ist nicht, Widerstand wird. Er mag mit leisen Zweifeln beginnen an dem, was man einmal für wahr gehalten, was man einmal geglaubt hat. Von einem bestimmten Punkt an braucht Widerstand jedoch Mut zum Handeln. Stauffenberg, Tresckow und ihre Mitstreiter haben namentlich unter dem Eindruck der Verbrechen an der Zivilbevölkerung und des Massenmordes an den Juden in Europa letzte Bedenken und die vermeintlichen Bindungen an den Eid hinter sich gelassen und sie haben, um Würde, Recht und Zukunft zu gewinnen, ihr Leben eingesetzt und es verloren. Niemand von uns weiß, ob wir gewagt hätten, so zu handeln für jene universellen Werte, die weit über das Bekenntnis zur Nation hinausgehen: die Würde des Menschen und die Herrschaft des Rechts. Niemand weiß es.“

Unsere deutsche Demokratie hat aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts wichtige Konsequenzen gezogen. Sie fiel nicht vom Himmel, sie wurde erkämpft. Diese Ordnung unserer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ist es wert, verteidigt zu werden. Sie muss wehrhaft sein. Wir dürfen es nicht zulassen, wenn unsere Demokratie verächtlich gemacht wird, wenn gegen Minderheiten gehetzt wird. Die für uns wichtigste Lehre aus dem mutigen Handeln der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 muss sein: Seien wir nicht bei denen, die wegschauen, sondern bei denen, die hinschauen und sich einsetzen.

Wir sind überzeugt, dass uns die mutigen Frauen und Männer, die in unterschiedlicher Weise Widerstand geleistet haben, erinnern und verpflichten, unsere Demokratie und schützen und gegen all jene zu verteidigen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Die Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes, dessen 70. Geburtstag wir gerade erst gefeiert haben, sind ohne die zwölf dunklen Jahre des Nationalsozialismus nicht denkbar.

Der 20. Juli 1944 beweist, dass es auch in einer totalitären Diktatur möglich war, Widerstand zu leisten und nicht zum Mitläufer und Handlanger zu werden. Seit 1949, nur fünf Jahre später, garantiert das Grundgesetz weltweit vorbildliche Teilhabe- wie Abwehrrechte für jeden Menschen in unserem Land. Wir sind im Landtag Nordrhein-Westfalen aufgefordert, diese im Sinne unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und zum Wohle aller zu nutzen. Weder online noch offline, noch auf der Straße noch in unseren Parlamenten dürfen Provokation, Rassismus, Ausgrenzung, Nationalismus und Extremismus eine Alternative in Deutschland zu Freiheit, Pluralität, Offenheit und Demokratie sein. Das sind wir dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerständlern des 20. Juli 1944 aber auch der Würdigung des Mutes aller Vorkämpferinnen und Vorkämpfer im Widerstand gegen das NS-Regime schuldig.

Der Widerstand unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen gegen das Unrechtsregime der Nationalsozialisten mahnt uns über das wichtige Gedenken hinaus zu aktivem politischen Handeln für eine lebendige Demokratie. In seiner Rede am 20. Juli 2014 sagte Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, der älteste Sohn des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg: „Gedenken heißt aber, dass wir uns nicht nur an den Anlass als Datum in der Geschichte erinnern, sondern dass wir auch für uns Selbst bedenken, was damit von uns ganz persönlich gefordert ist.“ Dieser über das notwendige und gebotene Erinnern hinausgehende Verpflichtung nachzukommen, ist Anliegen aller antragstellenden Fraktionen dieses nordrhein-westfälischen Landtages. Sie geben damit ihrer tiefsten Überzeugung Ausdruck, dass das vorbildliche Verhalten der Frauen und Männer des 20. Juli 1944 in seiner Wirkung über den Tag hinaus in besonderer Weise den Werten unseres Grundgesetzes und den Anforderungen unserer wehrhaften Demokratie den Weg bereitet hat.

II. Beschlussfassung

Der Landtag Nordrhein-Westfalen

- distanziert sich auf das Schärfste von allen Relativierungen der Verbrechen des Nationalsozialismus.
- würdigt den Mut und die Leistung aller Frauen und Männer im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und bedauert, dass diese in der Zeit unmittelbar nach 1945 nicht ausreichend gewürdigt worden sind.
- fordert alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich aktiv für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen und allen Bestrebungen zu ihrer Überwindung entschieden entgegen zu treten.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Daniel Hagemeier
Dr. Günther Bergmann

und Fraktion

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Sven Wolf
Elisabeth Müller-Witt
Prof. Dr. Karsten Rudolph

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Angela Freimuth
Stephen Paul

und Fraktion

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Josefine Paul

und Fraktion